

Vorlage		Vorlage-Nr: BA 0/0120/WP18
Federführende Dienststelle: B 0 - Bezirksvertretung Aachen-Mitte/Geschäftsstelle		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 28.09.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Mobilitätsausschusses mit der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 31.08.2023		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.10.2023	Bezirksvertretung Aachen-Mitte	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte genehmigt die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Mobilitätsausschusses mit der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 31.08.2023.

Anlage/n:

Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Mobilitätsausschusses mit der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 31.08.2023

N i e d e r s c h r i f t

Gemeinsame Sondersitzung des Mobilitätsausschusses mit der Bezirksvertretung Aachen-Mitte

6. September 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 31.08.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsherr Peter Blum

Frau Marianne Conradt

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Frau Marlies Diepelt

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

MA/35/WP18

Ausdruck vom: 06.09.2023

Seite: 1/19

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Renate Wallraff

Ratsherr Tjark Zimmer

Herr Patrick Deloie

Herr Burkhard Fahl

Herr David Hasse

Herr Christian Hofmann

Herr Olaf Jacobs

Herr Lasse Klopstein

Herr Laurenz Lehmann

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent
Radke

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Dr. Andreas Nositschka

Herr Dr. Ralf Gerhard Otten

Frau Melanie Penalosa

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Nicolai Vincent Radke

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Herr Daniel Casper

Herr Jan Frieders

Ratsherr Markus Mohr

Herr Pascal Pfeiffer

Herr Bernd Wallraven

Vertretung für: Herrn Jörg Veltrup

Frau Caline Strack

Herr Rolf Winkler

von der Verwaltung:

Beigeordnete Frauke Burgdorff

Herr Uwe Müller

Frau Silke Roder

Herr Armin Langweg

Herr Marc Hamblock

Herr Harald Beckers

Herr Torben Hammers

Frau Jana Elsner

Frau Marlene Willems

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

MA/35/WP18

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Reallabor Templergraben | Abschlussbericht**
Vorlage: FB 61/0683/WP18

- 3 **Innenstadtmobilität für Morgen | Zwischenbericht- Bausteine des Konzepts,
Informationsveranstaltungen im Herbst 2023**
Vorlage: FB 61/0742/WP18

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Wenzel und Herr Bezirksbürgermeister Ferrari eröffnen die Sitzung und stellen die fristgerechte Einladung fest.

Auf Antrag der Ausschussvorsitzenden werden die Reihenfolge der TOPs Ö2 und Ö3 getauscht, was einstimmig von beiden Gremien angenommen wird.

Herr van den Hurk beantragt zudem die Vertagung des TOPs Ö6 und Ö6.1 wegen Beratungsbedarfs, was von den Mitgliedern des Mobilitätsausschusses ebenfalls einstimmig angenommen wird.

zu 2 Reallabor Templergraben | Abschlussbericht

Vorlage: FB 61/0683/WP18

Herr Otten berichtet, dass er bis gestern noch lediglich der Meinung gewesen sei, dass die Vorlage ihn nicht überzeugt habe. Außerdem stellt er in Frage, wie viele Leute wirklich den Fragebogen erhalten hätten, er selbst habe beispielsweise keinen erhalten. Aus seiner Sicht würde sich durch die Sperrung eine Erhöhung der Emissionen ergeben. Gestern habe jedoch ergänzend und unterstützend zu seiner Meinung der Verwaltungsgerichtshof in Kassel einen ähnlich gelagerten Verkehrsversuch als rechtswidrig zurückgewiesen. Somit sei auch der hier dargelegte Beschlussvorschlag nicht zulässig, so dass er diesem nicht folgen werde.

Ratsherr Blum glaubt, dass bereits von Anfang an festgestanden habe, dass man den Verkehrsversuch

verstetigen habe wollen. Der Ringverkehr sei hier massiv unterbrochen und die Sperrung ergebe aus seiner Sicht keinen Sinn. Auch er werde dem nicht zustimmen.

Herr Lindemann zeigt sich ebenfalls erstaunt, dass die ursprünglich für wenige Monate angedachte Sperrung vor der Sperrung der Turmstraße nun zu diesem Ergebnis geführt habe. Aus seiner Sicht sind die vorliegenden Zahlen nicht belastbar, wichtige Infos würden zudem fehlen. Er weist auf ein ähnlich lautendes Urteil aus Berlin hin.

Ratsherr Neumann sieht am Templergraben eine deutlich gestiegene Aufenthaltsqualität. Der Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen der Sperrung seien zudem seinerzeit durch ein Verkehrsgutachten vorgegeben worden. Der Templergraben sei nie als Hauptverkehrsstraße vorgesehen gewesen. Bezüglich der zitierten Urteile sei er der Meinung, dass es sich jeweils um individuelle Einzelfälle handele und es immer auf die Begründung ankomme.

Herr Klopstein weist darauf hin, dass man, wenn man einen Radverteilerring etablieren wolle, den motorisierten Individualverkehr auf den Alleenring verlagern müsse.

Herr Hofmann kündigt an, den Beschlussvorschlag ebenfalls abzulehnen, da aus seiner Sicht die belastbaren Zahlen fehlten.

Herr van den Hurk mahnt dazu, das Thema gerade nicht mit zu vielen anderen Punkten zu überlagern. Der Radverteilerring werde nur funktionieren, wenn er attraktiv sei. Die Frage, ob eine Sperrung des Templergrabens zu einem Zusammenbruch des Verkehrs führen werde, sei aus seiner Sicht beantwortet, so dass man dem Beschluss zustimmen könne. Allerdings bitte er auch hier um entsprechend klare Kommunikation.

Herr Deloie unterstreicht die Bedeutung des Radverteilerrings. Er berichtet jedoch, dass die Verwaltung ursprünglich nicht beide Straßen gleichzeitig habe sperren wollen und er sei über die kurzfristige Sperrung des Annuntiatenbachs ähnlich wie seine Kolleg*innen der Bezirksvertretung sehr überrascht gewesen. Er beantrage, den Beschluss zu fassen, den Templergraben zu sperren, gleichzeitig jedoch die Sperrung am Annuntiatenbach aufzuheben und aktuelle Messungen durchzuführen.

Herr Radke sieht ebenfalls den Sinn und die Notwendigkeit, den Templergraben zu sperren. Er halte den Beschlussvorschlag der Verwaltung für nachvollziehbar und verweist auf die in der Vorlage genannten Zahlen.

Herr Otten appelliert, das Urteil ernst zu nehmen. Die Begründung für die Durchführung einer Maßnahme müsse im Vorhinein da sein und die hier aufgeführten Klimaziele seien keine tragfähigen Argumente.

MA/35/WP18

Frau Strack lehnt einen Shared Space ab und erinnert auch an dieser Stelle an die Ausnahmegenehmigungen für Pflegekräfte.

Ratsherr Hecker möchte gerne von der Verwaltung wissen, ob die Maßnahme sicher rechtsgültig sei.

Herr van den Hurk sieht indes die hiesige Grundlage anders gelagert als in dem von Herrn Otten geäußerten Fall. Die Sperrung des Annuntiatenbachs sei seinerzeit auf Grund der Sperrung des Templergrabens notwendig geworden.

Frau Beigeordnete Burgdorff erinnert daran, dass man mit dem heutigen Beschluss noch keine verkehrsrechtlichen Anordnungen schaffe. Sie wirbt um Vertrauen dafür, dass die Verwaltung selbstverständlich vor der Umsetzung mit allen Fachämtern die Rechtslage prüfen werde. Herr Müller ergänzt, dass man auf Grund der erhobenen Zahlen eine Verstetigung für sinnvoll erachte und die Umsetzung nach der Beschlussfassung des Ausschusses straßen- und verkehrsrechtlich prüfen werde.. Die Sperrung des Annuntiatenbachs hätte man noch stärker kommunizieren können, allerdings habe die damalige externe Begutachtung eine klare Richtung vorgegeben.

Bezirksbürgermeister Ferrari lässt sodann zunächst die Bezirksvertretung über den von Herrn Deloie eingebrachten Beschlussvorschlag abstimmen, die Sperrung des Annuntiatenbachs aufzuheben um an dieser Stelle Verkehrszählungen durchzuführen, die im Anschluss der Politik vorgestellt werden sollten. Der Antrag wird bei zwei Zustimmungen und einer Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Mobilitätsausschuss die dauerhafte Einrichtung der im Rahmen des Reallabors erprobten Netzunterbrechungen für den MIV am Templergraben und Annuntiatenbach zu beschließen. Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss außerdem die Verwaltung mit einer entsprechenden Umgestaltung der Zufahrtbereiche des Templergrabens und der Entwicklung einer Freigabelösung für den Linienbusverkehr am Annuntiatenbach zu beauftragen.

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die dauerhafte Einrichtung der im Rahmen des Reallabors erprobten Netzunterbrechungen für den MIV am Templergraben und Annuntiatenbach. Er beauftragt die Verwaltung mit einer entsprechenden Umgestaltung der Zufahrtbereiche des Templergrabens und der Entwicklung einer Freigabelösung für den Linienbusverkehr am Annuntiatenbach.

MA/35/WP18

Abstimmungsergebnis:

Bezirksvertretung Aachen Mitte: Mehrheitlich bei 2 Enthaltungen und 3 Ablehnungen

Mobilitätsausschuss: Mehrheitlich bei 11 Zustimmungen und 6 Ablehnungen

zu 3 Innenstadtmobilität für Morgen | Zwischenbericht- Bausteine des Konzepts, Informationsveranstaltungen im Herbst 2023

Vorlage: FB 61/0742/WP18

Frau Beigeordnete Burgdorff leitet zum Thema Innenstadtmobilität ein, indem sie das aus vier Teilplänen bestehende Konzept kurz darstellt und einen herzlichen Dank an die verwaltungsweit daran beteiligten Kolleg*innen ausspricht, die das Ganze ermöglicht hätten.

Das Konzept füge nun zusammen, was zusammen gehört und ermögliche ein ganzheitliches Bild auf die verschiedensten Verkehrsteilnehmenden in der Stadt.

Anschließend präsentiert Herr Langweg zum Thema.

Herr van den Hurk spricht seinen Dank aus. Er sei überzeugt, dass es sich bei dem vorgestellten Konzept um einen guten Plan handele. Alle Beteiligten müssten sich überlegen, welchen Beitrag die Mobilitätspolitik leisten könne. Man müsse es dringend schaffen den Mobilitätsmix zu generieren, der Aachen zu einer lebens- und liebenswerten Stadt mache. Dies sei unbestritten eine große Herausforderung wegen der unterschiedlichen Interessenlagen, die es zu berücksichtigen gelte. Der Plan, der alles integriere, liege nunmehr vor, wenngleich es noch einige Hausaufgaben zu erledigen gebe und er an die Verwaltung appelliere, insbesondere eine gute Kommunikationskampagne ins Leben zu rufen. Außerdem solle an die Ausnahmegenehmigungen gedacht werden. Wichtig sei zudem die Kommunikation nach außen, dass Aachen erreichbar bleibe.

Auch Ratsherr Neumann spricht der Verwaltung für das große Engagement seinen Dank aus. Bisher habe es immer verschiedene Konzepte zu einzelnen Themen gegeben, die die Politik beschlossen habe, nie aber ein Gesamtkonzept. Daher habe sich auch nie ein zusammenhängendes Bild ergeben, was nun mit diesem großen Wurf gelungen sei.

Das Konzept bündele alle Interessen und schaffe eine gesteigerte Aufenthaltsqualität. Da der Straßenraum nur begrenzte Fläche zur Verfügung habe, sei genau dieser große Aufschlag hier von Nöten gewesen. Für den Umstieg müsse man die richtigen Angebote schaffen umso eine Verbesserung für alle Verkehrsmittel zu erreichen. Das vorgelegte Konzept sei eines der größten und wichtigsten Projekte der Mobilitätspolitik.

MA/35/WP18

Herr Hofmann weist darauf hin, dass andere Städte deutlich leistungsfähigere Verteilerringe hätten als Aachen. So seien bereits jetzt schon die Wilhelmstraße oder der Boxgraben dicht befahren und es staute sich. Man solle andere Schritte zuerst angehen. So seien zum Beispiel die P&R Parkplätze zu weit draußen und würden keinen Zeitgewinn darstellen. Außerdem appellierte er daran, an ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen zu denken.

Herr Lindemann sind indes die einzelnen Konzeptbausteine noch zu schwammig formuliert. Er möchte gerne wissen, inwieweit die Verwaltung bereits in die Umsetzung des AVV Gutachtens eingestiegen sei.

Frau Penalosa schließt sich dem Dank für das aus ihrer Sicht großartige Konzept an, welches alle einbindet.

Ratsherr Blum sieht die Gleichheit der Verkehrsteilnehmenden in dem vorgelegten Konzept nicht gegeben. Er sieht darin eine Zurückdrängung des PKW- Verkehrs und zudem seien die Belange der Außenbezirke nicht berücksichtigt. Man dürfe die rund 80% PKW Nutzer*innen nicht vergessen. Für diese sei zumeist auch der ÖPNV die Alternative und nicht die Nutzung eines Fahrrads. Daher solle man zunächst den ÖPNV Ausbau ausbauen; dieser sei noch nicht so weit.

Herr Nositschka spricht ebenfalls seinen Dank aus und gibt zu bedenken, dass es noch viele Baustellen gebe. Jeder müsse sich nun überlegen, wohin er die Stadt entwickeln wolle. Aus seiner Sicht werde der ÖPNV derzeit bereits ausgebaut, schließlich wolle man hin zu einem Verhältnis von zwei Dritteln Umweltverbund und einem Drittel PKW-Verkehr.

Ratsfrau Breuer tut sich schwer mit dem Ausdruck der „lebenswerten“ Innenstadt, der für ihr Empfinden etwas anderes aussage. Darüber hinaus sieht sie jedoch einen fraktionsübergreifenden Konsens, dass alle etwas ändern wollten. Lediglich über die Vorgehensweise gebe es unterschiedliche Ansichten. Sie plädiere dafür, erst Alternativen zu schaffen und sich die Zeit zu nehmen, da man sonst die Bürger*innen verlieren werde.

Gerade für viele junge Familien, sei die Nutzung des PKWs alternativlos.

Auch Herr Winkler sieht das Thema als große Aufgabe an, die jedoch aus seiner Sicht notwendig sei. Er habe die dringende Bitte an die Verwaltung, die Bevölkerung mitzunehmen. Dazu gehörten auch die Menschen, die in den Außenbezirken lebten.

Herr Otten schließt sich dem Dank an. Mit den vorgestellten drei Bausteinen schaffe man es, eine lebenswerte Stadt zu generieren, was von allen Politikern das Ziel sein sollte. Es gebe sicherlich unterschiedliche Herangehensweisen, sie alle müssten jedoch geprägt sein von gegenseitiger

MA/35/WP18

Rücksichtnahme der unterschiedlichen Interessengruppen. Wichtig sei, dass die Innenstadt für Fußgänger sicherer werde. Außerdem solle man deutlich an die Öffentlichkeit die Information vermitteln, dass Aachen nicht „zu“ sondern für jeden zu erreichen sei. Alles andere würde sonst einer Katastrophe für die Stadt gleichkommen. Auch er betont die Wichtigkeit der Kommunikation der Verwaltung.

Frau Strack hält es ebenfalls für wichtig, dass die Innenstadt neu aufbereitet werde. Es müsse aber mehr Rücksicht genommen werden. Zudem sei kein flächendeckendes Leitsystem und Nullabsenkungen vorgesehen. Die Innenstadt müsse für alle erreichbar bleiben. Sie appelliert, das Parken für mobilitätseingeschränkte Menschen länger als eine Stunde zu ermöglichen und weist auf das Problem wild geparkter E-Scooter hin.

Herr Deloie hebt ebenfalls die Bedeutung der Kommunikationskampagne hervor. Man müsse die Bürger*innen dringend mitnehmen, da man bereits jetzt an Akzeptanz verloren habe. Man müsse den Bürger*innen die Angst nehmen vor dem benötigten Wandel. So schlägt er vor, die Bürger*innen schon einmal proaktiv zu informieren, was vorgesehen sei, wenn beispielsweise gleich zwei Ausfallstraßen zeitgleich gesperrt seien.

Zudem solle man den P&R Bereich stärken.

Herr van den Hurk meint, man müsse jetzt schlicht irgendwo anfangen, da es deutlichen Handlungsdruck gebe. Ziel sei es, einen gemeinsamen Weg zu finden, den man im Zweifel auch mit Kompromissen eingehen sollte.

Frau Strack weist noch einmal auf die Notwendigkeit sicherer Querungshilfen hin. Außerdem regt sie eine Aufstockung der Behindertenparkplätze an und erinnert daran, dass Pflegefachkräfte beispielsweise durchgängig fahren können müssten.

Ratsherr Breuer appelliert, man dürfe die Verkehrsteilnehmenden nicht gegeneinander ausspielen. Bei jeder Umverteilung sei es wichtig, eine für alle Beteiligten faire Verteilung zu erreichen.

Herr Müller pflichtet der Aussage zu, dass es wichtig sei zu kommunizieren, dass Aachen nicht „zu“ sei und dass alle gegenseitige Rücksicht nehmen sollten. Ziel sei es, bis 2030 den Anteil der Fahrten des Umweltverbundes von 54 auf 64 Prozent zu steigern. In der Innenstadt sei dieser Anteil bereits deutlich höher als in den Außenbezirken. Der Mobilitätsausschuss habe bereits umfassende Maßnahmen beschlossen, die nunmehr anlaufen würden.

Herr Lindemann gibt an, dass er gerne Zahlen für den Durchgangsverkehr von der Verwaltung haben wolle.

MA/35/WP18

Beigeordnete Burgdorff berichtet, dass man eine solche Erhebung am Theaterplatz gemacht habe und dabei einen erheblichen Unterschied gemessen habe, gerade auch was den Lärm angehe. Man werde die Öffentlichkeit mit Veranstaltungen ab dem 05.09. gezielt mitnehmen und im Frühjahr noch einmal ganz genau über die Alltagsauswirkungen berichten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Damit endet die gemeinsame Sondersitzung der Bezirksvertretung Aachen Mitte um 19:30 und beginnt nach einer fünfminütigen Sitzungsunterbrechung die Sitzung des Mobilitätsausschusses.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

-

Ferrari
Bezirksbürgermeister

Retterath
Schriftführerin

Gesehen

Keupen
Oberbürgermeisterin

MA/35/WP18